



Protest gegen Schließungspläne zum 31. Januar
Kaufhof-Belegschaft in großer Sorge

Siegburg. Die Belegschaft von Galeria Karstadt Kaufhof stand heute Morgen vor der Filiale in der Kaiserstraße, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Zum 31. Januar 2024, so hatte das Unternehmen vor wenigen Wochen entschieden, muss die Siegburger Filiale schließen. Die Angestellten, viele von ihnen sind langjährig an der Kaiserstraße beschäftigt, sorgen sich um ihre Zukunft. Bürgermeister Stefan Rosemann führte seit Bekanntwerden der Schließungspläne mehrfach Gespräche mit Verantwortlichen der Konzernleitung, empfing unmittelbar nach der schlechten Nachricht aus der Zentrale in Essen auch die Arbeitnehmerseite. Er traf sich mit Mitgliedern des Betriebsrates in seinem Büro.

Heute Morgen zeigte er sich solidarisch mit den Demonstrierenden des Warenhauses: "Ich stehe an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werde mich gemeinsam mit meinem Rathausteam weiterhin für den Standort Siegburg engagieren."

Galeria-Pleite

„Schlechter Scherz“: Landesminister fordert verschärfte Prüfung von Investor René Benko

01. April 2023

Von den aktuell noch 129 Warenhäusern sollen 47 Filialen die Pforten schließen. Tausende von Stellen fallen weg.

Bild: [dpa](#)

<https://www.wiwo.de/unternehmen/handel/galeria-pleite-schlechter-scherz-landesminister-fordert-verschaerfte-pruefung-von-investor-rene-benko/29073510.html>

Benkos Finanzausagen zur Rettung von Kaufhof seien ein schlechter Scherz. Das sagte der Sozialminister von Rheinland-Pfalz und forderte mehr Einsatz der Bundesregierung.

Der rheinland-pfälzische Sozialminister fordert einem Medienbericht zufolge eine genauere Überprüfung des Galeria-Investors René Benko. „Es kann nicht sein, dass ein verantwortungsloser Spekulant Hunderte Millionen Euro Steuergeld kassiert und sich dann einen schlanken Fuß macht“, sagte Sozialminister Alexander Schweitzer gegenüber der Zeitung „Bild“ laut einem Vorabbericht.

Benkos Finanzzusagen von „bis zu 200 Millionen“ zur Rettung der Kaufhaus-Kette Galeria Karstadt Kaufhof seien ein schlechter Scherz auf dem Rücken der betroffenen Menschen. Die Bundesregierung solle Benko zwingen, deutlich mehr zu leisten oder auf eine Rückzahlung von Steuergeldern drängen, sagte Schweitzer demnach weiterhin. Wirtschaftsminister Habeck solle schnellstens prüfen, wie das juristisch angegangen werden könne. „Da müssen alle Optionen auf den Tisch, auch die der eigenen Haftung. Wir wollen unser Steuergeld zurück und Sicherheit für die Beschäftigten.“

Die Bundesregierung hatte die kriselnde Kaufhaus-Kette 2022 und 2021 mit Krediten von insgesamt 680 Millionen Euro unterstützt. Die Finanzagentur des Bundes sagte dazu im März, ein Großteil der bei Galeria vom staatlichen Krisenfonds WSF eingesetzten Gelder müssten abgeschrieben werden. Ein Sanierungsplan sieht weitere tiefe Einschnitte für den seit Jahren kriselnden Warenhauskonzern vor. Von den aktuell noch 129 Warenhäusern sollen 47 Filialen die Pforten schließen. Tausende von Stellen fallen weg.

Galeria Karstadt Kaufhof gehört der Signa Holding des österreichischen Immobilien-Investors Benko. Diese verfügt unter anderem über ein milliardenschweres Immobilien-Portfolio. Der Warenhausriese war 2019 aus der von Benko betriebenen Fusion von Karstadt und Kaufhof hervorgegangen.

Bild 01.04.2023

Kritik an Galeria-Rettung
Kaufhaus-König Benko soll privat haften!

ESSEN - Nach der erneuten Rettung der Kaufhaus-Kette Galeria Karstadt Kaufhof (680 Mio. Euro Staatshilfe) fordert Alexander Schweitzer (49, SPD), Sozialminister in Rheinland-Pfalz, **im Visier der Politik: Galeria-Investor René Benko** eine verschärfte Prüfung des umstrittenen Investors René Benko (45).

„Es kann nicht sein, dass ein verantwortungsloser Spekulant Hunderte Millionen Euro Steuergeld kassiert und sich dann einen schlanken Fuß macht“,

so Schweitzer zu BILD. Benkos Finanzzusagen („bis zu 200 Millionen“) seien „ein schlechter Scherz auf dem Rücken der Menschen“. Der Bund solle Benko „zwingen, deutlich mehr zu leisten oder auf Rückforderung drängen“. Wirtschaftsminister Habeck müsse alle juristischen Optionen prüfen – „auch die der persönlichen Haftung Benkos. **Wir wollen unser Steuergeld zurück und Sicherheit für die Beschäftigten.“** *hvj*



Foto: FRANZISKA KRUG/GETTY IMAGES